

Rede Staatsminister Ulbig anlässlich der Plenarsitzung des Landespräventionsrates
am 5. Januar 2011

Sehr geehrte Kollegin, sehr geehrte Kollegen Staatsminister, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie herzlich zur 3. Plenumssitzung des Landespräventionsrates begrüßen. Vor reichlich einem Jahr sind wir uns hier an gleicher Stelle das erste Mal begegnet, um die vor uns liegenden Aufgabenstellungen und Tätigkeiten des Landespräventionsrates und seiner Arbeitsgruppen zu erörtern.

Zur heutigen Sitzung begrüße ich in unserer Runde sehr herzlich Herrn Erich Marks, den langjährigen Geschäftsführer des Landespräventionsrates in Niedersachsen. Herr Marks ist gleichzeitig der Geschäftsführer der Deutschen Präventionstags gGmbH und zumindest einem Teil der hier Anwesenden als einer der engagiertesten und erfahrensten Präventionsexperten in Europa bekannt.

Der Landespräventionsrat in Niedersachsen feierte letztes Jahr sein 15-jähriges Bestehen und nimmt zweifellos in Deutschland unter den Landespräventionsgremien eine herausragende Stellung ein. Dies betrifft nicht nur die horizontale Ausrichtung der dort wahrgenommenen Aufgaben, sondern auch die vertikale Dimension, die von wissenschaftlicher Begleitung und daraus resultierender präventionsfachlicher Ausbildung im Rahmen des Qualifizierungsprogramms bis hin zur maßgeblichen Mitwirkung in verschiedenen bundes- und weltweiten Präventionsinstanzen reicht.

Insofern freue ich mich sehr, dass sich Herr Marks bereit erklärt hat, dem sächsischen Landespräventionsrat das Eine oder Andere an Erfahrungen, Wissen und Empfehlungen mit auf den Weg zu geben.

Gestatten Sie mir vorab einige Überlegungen vorzutragen, die mir wichtig sind und von denen ich glaube, dass sie in unsere Arbeit einfließen sollten.

Meine Gedanken sollen vielmehr dazu anregen, dass wir uns hier im Plenum, in den Arbeitsgruppen, im jeweiligen persönlichen Aufgabenfeld kritisch mit unserer Präventionsarbeit auseinandersetzen. Denn der Erfolg von Prävention hängt nach meiner festen Überzeugung ganz wesentlich davon ab, ob die Beteiligten dazu bereit sind, den öffentlichen Diskurs zu führen, Ideen und Visionen zu entwickeln und persönliche Verantwortung zu übernehmen.

Der Landespräventionsrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mit gerade mal zwei Jahren legitimer Existenz noch ein sehr junges Gremium. Viele Institutionen, Ausschüsse, Arbeitsebenen, Träger, Vereine und Initiativen, die heute engagiert im LPR mitarbeiten, gab es schon weit vor dessen Gründung und sie haben auch vorher schon gute Arbeit gemacht.

Es war deshalb mehr als nachvollziehbar, wenn in der Phase der Konstituierung hier und da Bedenken und Zweifel formuliert wurden, welche Rolle denn der eigene Verein künftig noch spielen würde und welches Maß an Selbstbestimmung, welche Kompetenzen denn noch übrig bleiben, wenn man sich erst in den LPR integriert hat.

Ich gehe davon aus, dass sich bei objektiver Betrachtung ein Großteil der Befürchtungen als unberechtigt herausgestellt hat.

Der Landespräventionsrat bietet in erster Linie eine Plattform zur Kommunikation, Koordination und Kooperation der verschiedensten Präventionsträger. Das betrachte ich als eine der wichtigsten Aufgaben und Vorteile des Gremiums. Hier können Aktivitäten gebündelt werden, hier sind Chancen der Vernetzung gegeben, hier fließt präventiver Sachverstand mit politischem Gestaltungswillen und politischer Gestaltungsfähigkeit zusammen.

Dabei ist der Landespräventionsrat nach meiner Beurteilung nicht selbst präventiv tätig, er „macht“ also im ursprünglichen Sinne keine Prävention, sondern er soll gute und wirkungsvolle Prävention möglich machen. Er soll vor allem optimieren, was im Freistaat, in den Landkreisen, in den Kommunen präventiv geleistet wird.

Gern wird in diesem Kontext von der „gesamtgesellschaftlichen Prävention“ gesprochen. Was damit gemeint ist, wissen wir alle.

Die auch von mir gelegentlich zitierte gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Prävention birgt jedoch ein großes Risiko: Wenn alle zuständig sind, wenn alle aufgerufen sind, wenn der Beitrag des Einzelnen in einem großen Ganzen nicht klar formuliert ist, läuft es mitunter darauf hinaus, dass sich die Leute gegenseitig aufeinander verlassen und am Ende schließlich keiner die Verantwortung übernimmt.,

Da finde ich es gut, dass die Koordinierung eines Großteils des präventiven Handelns mit der Gründung des Landespräventionsrates institutionalisiert wurde. Mit dieser Plattform wurde eine adressierbare Zuständigkeit geschaffen, in deren Verantwortung die landesweite Präventionsarbeit koordiniert und optimiert werden soll, die den Vernetzungsgedanken quasi als Arbeitsauftrag verinnerlicht hat und unter deren Dach die handelnden Akteure ermutigt, unterstützt, begleitet und ihrer Arbeit wertgeschätzt werden.

Ich finde es auch gut, dass durch die Zusammensetzung des Landespräventionsrates staatliches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement gemeinsam wirksam werden können. Dass dies nicht immer reibungsfrei passiert, dass es hier und dort Diskrepanzen gibt, dass Bewertungen voneinander abweichen können - ich erinnere nur an die Diskussion um die Demokratie-Erklärung in den Förderbescheiden - halte nicht nur für unproblematisch, sondern ich begrüße diesen Prozess ausdrücklich.

Prävention braucht – wenn sie denn erfolgreich sein soll - verschiedene Blickwinkel, braucht die sachliche, von mir aus auch emotional geführte Auseinandersetzung um Ziele und Wege. Dass dabei gelegentlich Geschirr zu Bruch geht, ist normal.

Prävention, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre ohne Ihr persönliches und institutionelles Engagement überhaupt nicht möglich. Das ist quasi das Fundament des Ganzen.

Dazu kommen zweifellos vielfältige Erfahrungen, Wissen, Kreativität und Können, Geduld und Phantasie sowie die Bereitschaft, die Welt um uns herum auch mit den Augen der Anderen sehen zu wollen, ihnen zuzuhören, wenn sie etwas zu sagen haben und zu schweigen, während sie sprechen, damit wir das Gesagte auch verstehen.

Von uns kommen die institutionellen Kompetenzen, indem wir Beschlüsse fassen, fordern und fördern sowie die Umsetzung durch die nachgeordneten Bereiche veranlassen können.

Ich könnte noch mehr aufzählen. Aber bereits die vielen verschiedenen Präventionsaufgaben, die jetzt schon unter dem Dach des Landespräventionsrates behandelt werden, könnten dazu führen, dass dies oder jenes Thema untergeht oder von den anderen nicht hoch genug geschätzt wird.

Und es stellt sich die Frage, ob dabei überhaupt noch andere wichtige Themen Platz haben. Themen, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten, bei denen aber durchaus ein präventiver Bedarf definiert werden kann. Ich nenne beispielhaft die Präventionsarbeit im Vorschul- und Grundschulbereich oder die aktuelle Diskussion um Migration und daraus resultierende Handlungserfordernisse.

Das alles unter einen Hut zu bringen, Prioritäten festzulegen, Arbeitsschritte zu entwickeln, Beteiligungen sicherzustellen und die erforderlichen Strukturen zu schaffen, ist Aufgabe und Chance zugleich für den Landespräventionsrat. Deshalb haben wir in der Weihnachtspost schon einmal auf den Slogan hingewiesen: „EINER FÜR ALLE!“.

„Einer für alle!“ kann und darf aber nicht heißen „Einer für Alles!“ Bei entsprechender Begründung kann im Prinzip jede Maßnahme als Prävention bezeichnet werden. Einzelne Antragsteller für Förderprogramme entwickeln dabei oft ein erstaunliches Talent. Es kommt für den LPR und insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle also darauf an, mit hohem Sachverstand und Zielgenauigkeit zu hinterfragen, ob in der beschriebenen Präventionsmaßnahme auch wirklich Prävention drin ist oder ob es sich dabei um alten Wein in neuen Schläuchen handelt.

Und „Einer für alle!“ darf auch nicht heißen – auch nicht für die Staatsregierung, dass es jetzt für jeden sozialen oder gesellschaftlichen Konflikt eine neue Adresse, eine neue Zuständigkeit, ein neues Zwischenlager gibt, bei der die Probleme abgeladen und geparkt werden können.

Auf uns kommen in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Einschnitte zu.

Durch den Rückgang der Bevölkerung sowie die sinkenden Solidarität- und EU-Mittel wird das Haushaltsvolumen bis zum Ende des Jahrzehnts um ca. 3 Milliarden Euro sinken. Gleichzeitig müssen wir auf den Einbruch der Steuereinnahmen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise reagieren.

Das wirkt sich auf den Gestaltungsspielraum aus.

Nicht alles, was wir uns vorgenommen hatten, was wünschenswert war und notwendig erschien, können wir fortführen.

Anderes – ich nenne beispielhaft die Förderung im Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ oder für die Fußballfanprojekte und mehr Sicherheit im Sport haben wir hingegen für den Haushalt 2011/2012 uneingeschränkt bestätigt.

Überall dort, wo Institutionen, freie Träger, Vereine und Initiativen auf staatliche Förderung angewiesen sind und diese Förderung nur befristet stattfindet oder eingeschränkt, im Extremfall sogar eingestellt werden muss, sind auch Menschen betroffen. Das ist uns bewusst.

Zum einen sind das die Menschen, die mit großem persönlichem Engagement Aufgaben übernehmen, für deren Erfüllung der Staat nicht zuständig oder nicht gleichwertig imstande ist.

Es sind die Menschen, die häufig ihre persönlichen Bedürfnisse und individuellen Probleme zurückstellen, um anderen Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, zu helfen.

Es sind die Menschen, die sich auf unterschiedlichste Weise dafür einsetzen, dass das Gemeinwesen überhaupt funktionieren kann.

Und es sind die Menschen, die durch ihre Arbeit trägt ganz wesentlich zu einem solidarischen Zusammenleben und Miteinander beitragen.

Zum anderen sind von Kürzungen und Einsparungen auch die Menschen betroffen, die Hilfe brauchen – egal in welcher Form. Das wissen wir.

Deshalb sind uns die Entscheidungen auch schwer gefallen: Wo lassen wir alles beim Alten, wo nehmen wir was weg, wo legen wir noch etwas drauf, weil die Aufgabe wichtig und wesentlich erscheint?

Aber – und das entspricht meiner festen Überzeugung – Prävention ist auch möglich und finanzierbar, wenn die Mittel nicht mehr in dem gewohnten Umfang zur Verfügung stehen.

Nehmen wir das Beispiel Demokratieerziehung. Ich könnte auch ein anderes Präventionsfeld nehmen – die Suchtprävention etwa oder die Gewaltprävention. Aber demokratisches Denken und Handeln wirkt in beinahe jeden Lebensbereich hinein und ist hier deshalb prädestiniert.

Wir haben in Sachsen Probleme mit Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen. Die NPD sitzt im Landtag und vielerorts gibt es wahrnehmbaren Rassismus.

Die Frage ist: sind unsere Ansätze bei der Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Gedankengut wirklich ausreichend und zielführend?

Müssen wir nicht vielleicht viel früher damit beginnen, Menschen dazu zu bewegen, für eine demokratische Gesellschaft einzutreten?

Können wir Menschen, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, überhaupt dazu beauftragen, anderen Menschen bestimmte Werte und Einstellungen zu vermitteln?

Wäre es nicht sinnvoller, in der Bevölkerung ein regelrechtes Bedürfnis nach Demokratie zu entwickeln, weil sie nun mal trotz mancher Schwächen die beste aller Staatsformen darstellt?

Natürlich sind Mehrheitsentscheide manchmal schwer zu schlucken. Das ist schwierig – für den einfachen Bürger ebenso wie für Politiker in den Kommunen, im Parlament oder in der Staatsregierung. Es ist schwierig im Schulalltag bei der Beteiligung von Schülern und Eltern, es ist schwierig bei der demokratischen Mitwirkung von Bürgern und Bürgerbündnissen in den Kommunen und es ist auch schwierig zu Hause am Abendbrottisch – als Vater von vier Kindern weiß ich, wovon ich da spreche.

Ein von innen kommendes Bedürfnis ist stärker als alle wissenschaftlichen Studien und Präventionsprogramme zusammen. Wer teilhaben darf, wird andere teilhaben lassen und wer Respekt erfährt, wird anderen Respekt bezeugen. Wer diese Vorteile aus eigener Erfahrung zu schätzen weiß, ist bereit in einer Demokratie zu leben und für sie einzutreten.

Gestatten Sie mir abschließend noch zwei Gedanken anzureißen, die sich mit eher praktischen Fragen befassen.

Wie Sie wissen, ist die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates im Landespolizeipräsidium und dort im Referat Verbrechensbekämpfung angesiedelt. Das ist eine Folge des hohen Präventionsengagements der sächsischen Polizei in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Die Polizei besitzt spezifisches Wissen um Erscheinungsformen, Umfang und Ursachen von Kriminalität und anderen Gefährdungen. Deshalb ist die führende Rolle

bei der Entwicklung vielfältiger präventiver Initiativen und Programme nur folgerichtig gewesen. Denken Sie beispielsweise an das Präventionsprogramm POLDI.

Mit den Jahren hat sich die Präventionslandschaft im Freistaat doch maßgeblich verändert – die überwiegende Anzahl aller Themenstellungen im Landespräventionsrat berührt polizeiliche Belange nur noch am Rande.

Dazu kommen die personellen Anpassungen im öffentlichen Dienst.

Daran wird deutlich, dass zur Bewältigung der anstehenden Präventionsaufgaben im Lande erhebliche Kompensationen notwendig sind. Wenn die Einen eine wichtige Aufgabe nicht mehr übernehmen können, müssen Andere tätig werden. Dafür müssen die erforderlichen Überleitungsprozesse auf den Weg gebracht werden.

Der zweite Gedanke betrifft die Tätigkeiten, die Geschäftsabläufe und Kompetenzen der sieben Arbeitsgruppen des Landespräventionsrates. Die meisten Arbeitsgruppen haben sich mittlerweile eine Geschäftsordnung gegeben, auf deren Basis die Sacharbeit erfolgt.

Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass die Überlegungen, Empfehlungen oder Vereinbarungen durch ministerielle Abstimmungsverfahren und -zeiträume nicht in der gewünschten Geschwindigkeit umgesetzt werden können oder sich nur bedingt im späteren Prozess spiegeln und im Einzelfall sogar durch Entscheidungen der verantwortlichen Ressorts aufgehoben werden.

Hier bitte ich um Verständnis. Wenn Regelungen einzelne Ministerien betreffen, werden diese selbstverständlich noch einmal in den jeweiligen Häusern verhandelt.

Ich versichere Ihnen aber, dass wir die Vorschläge der Arbeitsgruppen sehr sorgfältig prüfen und abweichende Verfahrensweisen nur dort festlegen, wo unabdingbare Zwänge dies erfordern.

Damit möchte ich meine Ausführungen beenden. Jetzt freue ich mich sehr auf Herrn Marks. Vielleicht haben Sie ja für das eine oder andere von mir angerissene Problem schon einen niedersächsischen Lösungsvorschlag, den wir – natürlich unter ausdrücklicher Wahrung unserer Souveränität als Freistaat Sachsen – aufnehmen und umsetzen können.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für Ihr Engagement und wünsche Ihnen eine erfolgreiches Jahr 2011 und uns eine konstruktive Zusammenarbeit.

- Es gilt das gesprochene Wort -